

ISRAEL/PALÄSTINA

Palästinas verfolgte Dreikäsehochs

Arabische Kinder werden in israelisch besetzten Gebieten oft als potenzielle Terroristen behandelt. Israelische und Schweizer MenschenrechtsaktivistInnen weisen auf schockierende Zustände hin.

VON MARLENE SCHNIEPER, JERUSALEM



Mit Spielzeugwaffen gespielt: Israelische Soldaten führen Kinder ab (Hebron, 2011). FOTO: KEYSTONE

Achtzehn Schweizer nichtstaatliche Organisationen (NGOs) haben sich Anfang der Woche mit einer Petition an den Bundesrat und die aussenpolitischen Kommissionen des eidgenössischen Parlaments gewandt: Als Depositarstaat der Genfer Konventionen soll sich die Schweiz dafür einsetzen, dass sich Israel auch in den besetzten Gebieten an das Völkerrecht und insbesondere die Uno-Kinderrechtskonvention hält. Daniel Sieber, Mitglied der Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina, sagt zum Anliegen der von ihm mitinitiierten Petition: «Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wenn Kinder unter dem israelischen Besatzungsregime im Westjordanland stets wieder die traumatisierende Erfahrung machen, dass ihr Leben, ihre Würde, ihr Bewegungsdrang und die Autorität ihrer Eltern nichts wert sind.»

Fünfjähriger «Straftäter»

Israelische Militärangehörige benehmen sich oftmals so, als seien palästinensische Kinder grundsätzlich terroristisch veranlagt. Das zeigte sich im Juli im südlichen Westjordanland, einem von Israel besetzten palästinensischen Gebiet: Wadi Maswadeh war fünf Jahre und neun Monate alt, als er festgenommen wurde. Angeblich hatte der palästinensische Dreikäsehoch in Hebron nahe am Grab der Patriarchen einen Stein gegen ein Siedlerauto geworfen. Israelische Militärs drohten Wadis Vater, ihn zu verhaften, wenn er nicht helfe,

den Buben der palästinensischen Polizei zu übergeben. Dem Vater verbanden die Soldaten später die Augen, und sie legten ihm Handschellen an. Schliesslich trieben sie ihn und seinen schluchzenden Sohn durch bevölkerte Strassen, um sie blosszustellen. Erst nach zwei Stunden war der Spuk vorbei: Nach einer kurzen Befragung liess die palästinensische Polizei die beiden frei.

Zwei MitarbeiterInnen der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem haben die Szenen gefilmt. Die Videos zeigten ein «absolut ungesetzliches Vorgehen», meint Jessica Montell, Direktorin von B'Tselem: Hier gehe es nicht um Fehler von Einzelnen, sondern um ein militärisches Verhaltensmuster. Sieben Soldaten und zwei Offiziere waren involviert; keiner schien auch nur die geringsten Skrupel zu haben. «Das hat uns alarmiert», sagt Montell.

Diskriminierung in Theorie und Praxis

1991 ratifizierte Israel die Uno-Konvention über die Rechte des Kindes. Die Vertragsstaaten müssen die darin verankerten Rechte jedem Kind gewährleisten, das ihrer Hoheitsgewalt untersteht. Im eigenen Land sei Israel seither vielen Forderungen der Konvention nachgekommen, als Besatzungsmacht habe es indes «erheblichen Nachholbedarf», konstatieren

neun britische JuristInnen im Bericht «Kinder in Militärgewahrsam», den sie vor einem Jahr vorlegten.

Die Unterschiede beginnen schon in der Theorie: Israelis unterstehen israelischem Zivil- und Strafrecht selbst dann, wenn sie in Siedlungen auf besetztem palästinensischem Gebiet leben. Die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland hingegen untersteht israelischem Militärrecht, jedenfalls in den alles beherrschenden Sicherheitsfragen.

So müssen israelische Kinder frühestens im Alter von vierzehn Jahren mit Freiheitsstrafen rechnen, palästinensische jedoch bereits mit zwölf. Ein inhaftiertes israelisches Kind muss innert 24 Stunden einer RichterIn oder einem Richter vorgeführt werden, soll innert 48 Stunden einen Verteidiger erhalten und darf höchstens 40 Tage ohne Anklage festgehalten werden. Ein palästinensisches Kind muss hingegen bis zu 8 Tage auf eine RichterIn, bis zu 90 Tagen auf einen Anwalt und bis zu 188 Tagen auf eine formelle Anklage warten.

In Bil'in, einem Weiler bei Ramallah in der nördlichen Westbank, demonstrieren Einheimische seit Jahr und Tag gegen den Sperrwall, der die palästinensischen Gebiete isoliert. Unweit davon liegt Nabi Saleh, wo sich ein ganzes Dorf regelmässig zum Protest gegen die Beschlagnahmung des Bodens und einer Quelle

durch jüdische SiedlerInnen versammelt. An beiden Orten stehen sich palästinensische Jugendliche und israelische Soldaten gegenüber. Die einen schleudern Steine, die andern rücken mit Tränengas, Gummigeschossen und Stinkbomben an.

Um Steinewerfer handelt es sich bei den meisten der 195 minderjährigen Palästinenser, die sich Ende Juli in israelischer Haft befanden. Ein Vierzehnjähriger schildert in einem jüngst von B'Tselem veröffentlichten Bericht, wie er auf dem Polizeiposten von Gusch Etzion, einem Siedlungsblock zwischen Bethlehem und Hebron, verhört wurde: «Er schlug meinen Kopf gegen die Wand, traktierte mich mit Fäusten, trat mich in die Beine. Der Schmerz war kaum auszuhalten. Dann sagte er schmutzige Dinge über mich und meine Mutter. Er drohte, mich zu vergewaltigen, wenn ich nicht zugebe, Steine geworfen zu haben. Das erschreckte mich, er war äusserst grausam, und ich war allein mit ihm im Raum.»

Jetzt reagieren auch hiesige NGOs und fordern, dass für die Hunderte von palästinensischen Kindern, die jährlich mit der israelischen Militärjustiz in Berührung kommen, dieselben Normen gelten wie für die gleichaltrigen Israeli. Die Schweiz solle darüber mit Israel einen Dialog führen und wenn nötig «Konsequenzen bedenken».

Menschenrechtsorganisation B'Tselem:
www.btselem.org

Bericht «Kinder in Militärgewahrsam»:
www.childreninmilitarycustody.org

KURDISTAN

Der Kongress der komplexen Knoten

Erstmals überhaupt treffen sich KurdInnen aus der Türkei, dem Irak, Syrien und dem Iran zu einem «nationalen Kongress». Doch ihre Interessen sind höchst unterschiedlich.

VON DIETER SAUTER, ISTANBUL

Wer die türkischen Nachrichten verfolgt, liest Beunruhigendes über den Versuch, die sogenannte Kurdenfrage zu lösen. Zwar konnten in den vergangenen Monaten VertreterInnen der kurdennahen Partei BDP neunmal mit Abdullah Öcalan, Chef der kurdischen Arbeiterpartei PKK, auf der Gefängnisinsel Imrali sprechen. Und seit Öcalan zum kurdischen Neujährsfest Ende März den Beginn des Friedensprozesses ausgerufen hat, hält der Waffenstillstand. Damit aber ist schon alles Positive aufgezählt.

Der Friedensprozess kommt nicht voran. Die türkische Regierung wirft der PKK vor, ihre KämpferInnen nicht – wie versprochen – vom türkischen Territorium abzuziehen. Die PKK beschuldigt die türkische Regierung, noch nicht einmal einen Fahrplan für die politische Lösung des «Kurdenproblems» vorzulegen – und hat jetzt offiziell den Rückzug gestoppt. Cemil Bayik, einer der PKK-Anführer, drohte Ankara bereits öffentlich mit «täglich hundert Aktionen». Der türkische Regierungschef Tayyip Erdogan antwortete, die türkische Armee sei bereit.

Die PKK gewinnt an Einfluss

Das ist die Ausgangslage für einen ungewöhnlichen Kongress, der kommenden Wochenende in der nordirakischen Stadt Erbil stattfinden soll. Zum ersten Mal organisieren PKK, PDK (die Partei des nordirakischen Kurdenführers Dschalal Talabani) und KDP (die Partei des nordirakischen Kurdenführers Massud

Barsani) einen kurdischen «Nationalkongress». Eingeladen sind VertreterInnen aus dem Irak, aus Syrien, dem Irak und der Türkei, die darüber beraten werden, wie «das legitime Recht der Kurden auf Selbstbestimmung» in der gesamten Region verwirklicht werden kann. Dabei gehe es nicht um «neue Grenzverläufe», sondern um mehr Demokratie in der Türkei, dem Irak und Syrien und um «Autonomie, föderale oder konföderale Lösungen», wie es in einer Pressemitteilung von Civaka Azad, dem Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland, heisst.

Tatsächlich ist die «Kurdenfrage» schon lange kein türkisches Problem mehr. Barsani und Talabani wissen seit langem, dass es ohne eine Lösung in der Türkei keine stabilen Beziehungen mit Ankara geben kann. Ohne wohlwollende Unterstützung durch die türkische Regierung aber können die KurdInnen im Nordirak ihre Autonomie gegenüber Bagdad nicht verteidigen. Sollte Ankara auch nur für kurze Zeit seine Grenzen zum Nordirak schliessen, bräche das Wirtschaftsleben im kurdischen Norden des Irak zusammen – und die irakische Zentralregierung hätte leichtes Spiel, ihre KurdInnen wieder an die Kandare zu nehmen.

Nun haben die syrischen KurdInnen der PYD, die der PKK nahestehen, wichtige Regionen des syrischen Nordens unter ihre Kontrolle

gebracht. Damit ist die türkische Kurdenfrage endgültig zu einer Frage der gesamten Region geworden – mit einer PKK, die an Einfluss gewinnt, und mit komplizierten Fronten. Denn die wachsende Konkurrenz zwischen Ankara und Teheran gerade auch in Syrien verhindert gemeinsame Aktionen der beiden Staaten gegen die PKK-nahe PJAK im Iran – und verschafft der Organisation dort mehr Spielräume als zuvor.

Barsani, der – wie die Türkei – kein Interesse an einer übermächtigen PKK vom Irak bis Syrien hat, unterstützt in Syrien KurdInnen, die nicht der PKK-nahen PYD angehören. Gleichzeitig versucht die PYD, ihren Einfluss unter den syrischen Flüchtlingen in den nordirakischen Lagern auszubauen. Gemeinsam aber kämpfen Barsanis KDP und die PYD im syrischen Norden gegen die Islamisten der Al-Nusra-Front, die – so Salih Müslim, einer der Anführer von PYD – von der Türkei unterstützt wird.

Eine Lösung für die ganze Region?

Die Türkei beobachtet mit Argwohn die Fortschritte der syrischen KurdInnen beim Aufbau eines eigenständigen Gemeinwesens. Immerhin hat die PYD bereits einen Verfassungsentwurf für ein autonomes «Westkurdistan» ausgearbeitet. Zweimal besuchte Salih Müslim im

August Ankara, um die türkische Regierung zu beruhigen. Eine kurdische Autonomie im Norden Syriens sei keine Gefahr für die Türkei. Ankara will seinerseits diese Autonomiebestrebungen – auch mithilfe der bewaffneten GegnerInnen der PYD in Syrien – unter Kontrolle behalten.

Dass in dieser Gemengelage die Lösung der «türkischen Kurdenfrage» ins Stocken gerät, ist nicht verwunderlich. Es ist auch höchst unwahrscheinlich, dass der Kongress in Erbil diese vielen Knoten lösen kann. Für alle Staaten in der Region ist ein gemeinsames kurdisches Forum zunächst eine Bedrohung. Auch wenn alle KurdInnen beteuern, dass es ihnen nur um «Autonomie» auf dem jeweiligen Staatsgebiet gehe: Es ist kein Geheimnis, dass sie die Vision eines Kurdenstaats keineswegs aufgeben haben.

Trotzdem könnte Ankara diesen Kongress zum Dialog über die eigenen Staatsgrenzen hinaus nutzen. Noch wollen sowohl die PKK als auch die türkische Regierung den Friedensprozess fortsetzen, trotz wortreichen Gepolters. Eine politische Lösung der «Kurdenfrage» aber wird es nicht mehr nur für die Türkei, sondern für die ganze Region geben müssen. Das ist spätestens seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien offensichtlich. Wie Erdogan das einschätzt, wird sich am kommenden Wochenende zeigen: Wird die türkische Regierung einen Beobachter nach Erbil schicken – oder die Debatten dort mit Drohgebärden von der türkischen Hauptstadt aus begleiten?